

- Sarkozy, in: *Mouvements* 52, Heft 11-12/07, S. 66-73.
- Pingaud, Denis (2007): Les trois dénis de la gauche antilibérale, in: *Le Débat* 146, Heft 9-10/07, S. 92-101
- Projekt Ideologietheorie (PIT): *Theorien über Ideologie*, Berlin 1986 (Argument).
- Quiniou, Yvon (2007): Laïcité: l'approche sarkozienne. Le discours du président de la République au Vatican révèle un parti pris idéologique au service du religieux, in: *Le Monde*, 28.12.07, S. 14.
- Sgard, Jérôme (2007): Nicolas Sarkozy, lecteur de Gramsci. La tentation hégémonique du nouveau pouvoir, in: *Esprit* 336, Heft 6/07, S. 10-22.

Klaus Lederer

Die Entscheidungen in die politische Arena zurückholen Replik zu Henrik Lebuhn, Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. Eine Berliner Fallstudie, PROKLA 149

Die Hauptthese Henrik Lebhuns lautet: „Die Einführung von Globalhaushalten, Kosten- und Leistungsrechnungen und Controlling-Maßnahmen auf der kommunalen Ebene erzeugt bei stadtpolitischen EntscheidungsträgerInnen und in den lokalen Ämtern und Behörden eine neue Handlungsrationalität und ökonomisiert die öffentlichen Institutionen in bislang unbekanntem Ausmaß.“ Diese Entwicklung sei darüber hinaus nicht nur Sparzwängen geschuldet, sondern müsse vielmehr „als eine Machttechnik verstanden werden, durch welche gerade die außerparlamentarischen Widerstände gegen die Inwertsetzung des städtischen Raums strukturell geschwächt werden“ (Lebuhn 2007: 529, Kursivsetzung von mir).

Lebuhn beschreibt und kritisiert zunächst das Konzept New Public Management (NPM), zeigt, wie Bestandteile dieses Konzepts die Entscheidungen in der Berliner Verwaltung strukturieren, vor allem bei der Ermittlung der Finanzzuweisungen des Landes an die Bezirke und bei der Festlegung von Ausgabenrestriktionen. Mit Hilfe seiner Beschreibung erweckt Lebuhn den Eindruck, die Harveysche „radikale Redefinition des städtischen Raums nach ökonomischen Kriterien“ sei als bruchloser Vorgang mit der Einführung der NPM-Techniken abgeschlossen und entfalte nun – von einigen widerständigen außerparlamentarischen Zusammenhängen abgesehen – mechanisch ihr ungutes Wirken: als Sachzwang und als in den stadtpolitisch handelnden Individuen wirkende Selbstbeschränkung.

Eine bestimmte und aktuell durchaus erfahrbare Form der Einführung von NPM-

Techniken wird von ihm damit in Fakt und Methode zum allgemeingültigen Modellfall erklärt. Dabei überrascht, dass der eigentliche Kern des Problems in der Betrachtung außen vor bleibt. Während Lebuhn seine Betrachtung in erster Linie auf die Einführung der einzelnen Elemente der NPM-Techniken fokussiert, bleibt die diesen Prozess begleitende, letztlich entscheidende Weichenstellung außen vor: die Entmachtung der politischen Akteure und ihre Unterwerfung unter die Paradigmen einer betriebswirtschaftlichen Logik. Auch wenn in der Begrifflichkeit des NPM beides zusammengehört, so ist die Unterscheidung beider Prozesse weniger beklammerisch als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Denn die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung, eines Controllings, erbringen für sich genommen erst einmal lediglich Informationen, der Globalhaushalt der Sache nach real einen größeren Freiraum – gemessen an kamerale „Einwendungsverhandlungen“. Der eigentlich springende Punkt ist, dass die Informationen nicht einfach als ein Element unter mehreren in die politische Entscheidungsfindung der handelnden Personen eingehen, sondern dass durch das Destillat dieser Informationen den Akteuren nach vermeintlich objektiven Kriterien, nämlich den „Kosten“, Entscheidungen vorstrukturiert werden.

So beschreibt Lebuhn durchaus anschaulich, wie in den Berliner Bezirksverwaltungen „Produkte“ gebildet und deren Kosten ermittelt werden und ebenso, wie über den Vergleich zwischen den Bezirken ein Konkurrenzverhältnis erzeugt wird, das diejenigen bestraft, die ihre „Produkte“ „zu

teuer“ anbieten. Bei ihm sind das zwei Seiten ein und derselben Medaille. Dabei scheint die Frage angebracht, weshalb die Erkenntnis über die unterschiedlichen Kosten automatisch eine Sanktion nach sich zieht. Schließlich handelt es sich hier nicht um einen realen Markt, sondern um eine politische Marktsimulation, mithin um eine politische Entscheidung. Nur – und darin besteht der böse Witz der Veranstaltung – dass diese quasi hinter dem Rücken des größten Teils der politischen Akteure gefällt wird. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist dann aber nicht die Einführung von NPM-Techniken *als solche* das Problem, sondern die Frage, *wie daraus Entscheidungen entstehen*. Die eigentlich wichtige politische Auseinandersetzung dreht sich daher nicht um die Frage, ob NPM-Techniken Anwendung finden oder nicht, sondern um die Rückholung der Entscheidungen über die Mittelvergabe aus der Sphäre der Finanzbuchhaltung zurück in den politischen Raum.

Was außerdem außer Acht bleibt: Der Prozess der Implementation von NPM-Techniken war und ist ein äußerst widerprüchlicher und konfliktorischer Vorgang. NPM nicht als statisch wirkendes Moment in einer wesentlich statischen, vorstrukturierten öffentlichen Institution, sondern die öffentlichen Institutionen selbst als „umkämpftes Terrain“ zu betrachten, unterlässt Leubn. Das führt sowohl für die Analyse der Konfliktlinien und Interessen als auch für die Analyse des Verlaufs von Kämpfen und für die Strategien und die Stärke stadtpolitischer Akteure zu einer sehr verkürzten, statischen – und entscheidende Auseinandersetzungen und ihr Terrain einfach ausblendenden – Konfliktanatomie.

I.

NPM hat seine Attraktivität als ideologisches Konzept vor allem dadurch gewonnen, dass es Effizienz und Qualität öffentlicher Leistungen zum Maßstab zu machen versprach, die strategische politische Steuerung und eine bessere Kontrolle der öffentlichen Verwaltung durch das Publi-

kum in Aussicht stellte. Damit konnte das NPM nahtlos an Defizitbefunde anknüpfen, die im gesellschaftlichen Diskurs (auch von links) immer wieder gegenüber öffentlicher Verwaltung erhoben wurden: Bürokratismus und wuchernde Apparate, Parteilichkeit, paternalistisches Erscheinungsbild mit den Bürger als Bittstellern, die Durchregelung und Kontrolle sämtlicher Lebensbereiche, schlechtes Angebot für teuer Geld, der Eindruck, dass Bürgerinnen und Bürgern gegenüber „dem Staat“ machtlos seien und ihm eher als Mittel denn als Zweck dienten. Seinen entscheidenden Drive und seine eigentliche praktische Bedeutung gewann NPM aber durch die Finanzmisere der öffentlichen Hand.

Berlin hat dabei seine besondere Spezifik. In Berlin war die politische und Verwaltungstätigkeit Anfang der 1990er Jahre durch das alte Westberlin geprägt. Dort spielten Fragen nach öffentlichen Ausgaben nie eine sonderlich große Rolle. Die Stadt speiste sich zu erheblichen Teilen aus dem Bundesetat und konnte so eine besondere Melange aus Bürokratismus, Subventionswirtschaft und Filz entwickeln. In gewisser Weise waren die Stadtkonomie und die Stadtpolitik des alten Westberlin immer künstlich gewesen, geprägt durch den Kalten Krieg und den Ost-West-Konflikt. Nach 1990 machten die Eliten des alten Westberlin einfach so weiter, wie sie es kannten und die Frage ist müßig, ob sie mit ihren Interessen und ihrer Beschränktheit überhaupt zu einer anderen Strategie fähig gewesen wären. Angekurbelt durch großenwahnsinnige Stadtentwicklungsutopien, Wachstumspantastien, Olympiaträume und Metropolenwahn etablierten sie in der wiedervereinigten Stadt ihr System des verantwortungslosen Wirtschaftens mit öffentlichem Vermögen. Allerdings versiegte durch den Abbau der milliardenschweren „Berlin-Förderung“ innerhalb von nur 5 Jahren der wichtigste Quell, der das „System Landowsky“ durch den Zustrom frischen Geldes bis dahin am Laufen hielt. Ohne diesen begann sich aber schon bald die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter zu

öffnen und der Schuldenberg zu wachsen. Mitte der 1990er Jahre sah man sich gezwungen, wenigstens so zu tun, als ob man auf das Problem reagiere. Die schwarz-rote Stadtpolitik der späten Ära Diepgen tat dies, indem sie ein Kürzungsregime durchsetzte, das gravierende soziale Einschnitte mit sich brachte, die Nutznießer des alten Systems jedoch in ihren Privilegien unangetastet ließ. Die Energieversorger BEWAG und der Gasversorger Gasag, aber auch die Hälfte der Berliner Wasserbetriebe wurden privatisiert, während die anderen öffentlichen Unternehmen zu Tributzahlungen an die Landeskasse gezwungen wurden. Diese Ausplünderung (noch dazu zu dem Zeitpunkt, als die meisten der öffentlichen Unternehmen sich noch in einer wiedervereinigungsbedingten Umstrukturierungsphase befanden) erhöhte nicht nur den internen Druck zur Kostensenkung, sondern befeuerte zusätzlich noch den ohnehin vorhandenen Antrieb zu risikoreichen Geschäften mit der Verlockung hoher Renditen, um diese Extrazahlungen ausgleichen zu können. Das kombinierte sich mit dem Goldfieber der alten Eliten, die – geprägt durch all die „Gewohnheiten, Borniertheiten und Interessenverstrickungen der ‚Sonderwirtschaftszone‘ West-Berlin, in der wirtschaftliches Risiko ein Fremdwort war und die Finanzierung privater Gewinne aus öffentlichen Kassen zum System gehörte“ (Nelken 2006) – dafür sorgten, dass die Unternehmen dann richtig gegen die Wand fuhren. Es erübrigt sich fast zu erwähnen, dass sie in diesem Zustand zu „Privatisierungskandidaten“ ersten Ranges wurden.

Der Bankenskandal ist daher auch nicht so sehr Ursache der besonderen Berliner Not, wie es Leubn darstellt, als vielmehr *besonders drastisches Symptom und Folge der besonderen Berliner Verhältnisse*. Dort galt zuerst: Am Ende zahlt der Bund schon alles, nun galt: Berlin zahlt. Hier gab es keinerlei Kontrollmechanismen, nicht einmal ein „NPM-Controlling“.

II.

Vor diesem Hintergrund von mangelnder Transparenz, Schlamperei und fehlender Kontrolle konnten sich NPM-Techniken durchsetzen – insbesondere in den Leistungsbereichen der unmittelbaren Landesverwaltung, vor allem im Verhältnis zwischen Senat und Bezirken. Hier wurden sukzessive aus primär fiskalischen und technokratischen Motiven NPM-Controllingtechniken mit dem Finanzzuweisungssystem zu einem Belohnungs- und Bestrafungsmechanismus verschmolzen, der nahezu eine fiskalische Diktatur der Finanzverwaltung ermöglicht und ein zwischenbezirkliches *race to the bottom* der Leistungen nach sich zieht. Der „Charme“ des Systems bestand gerade darin, dass es mit dem scheinbar objektiven Maß der betriebswirtschaftlichen Kalkulation über den verfügbaren politischen Handlungsrahmen entschied, somit eine politische Auseinandersetzung über „Effizienz“ des Verwaltungshandelns erübrigte. Und dies alles vor dem Hintergrund einer dramatischen Haushaltssituation Berlins, die zwar (auch) Folge neoliberaler Fiskalpolitik im Bundesstaat, aber dennoch keineswegs eine neoliberale Erfindung ist.

Der Sektor wurde systematisch der öffentlichen politischen Auseinandersetzung und Kritik und der Steuerung durch die Vertretungskörperschaften entzogen: Bis auf die Festlegung der Höhe des Gesamtplafonds für die Bezirke ist das Abgeordnetenhaus an diesem Prozess nicht beteiligt, die Bezirksverordnetenversammlungen und Bezirksämter sind jedoch den Vorgaben und „Feinjustierungen“ der Finanzverwaltung ausgesetzt. Im Anschluss daran wird das Ergebnis des Prozesses vom Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses ratifiziert, ohne dass dieser über Wissen und Kapazitäten verfügen würde, es tatsächlich politisch nachzuvollziehen und zu bewerten. Hier ergänzen einander der strukturelle Kürzungsautomatismus, das Wissensmonopol der Finanzverwaltung, die relative Schwäche der Bezirksverwaltungen im politischen Gefüge Berlins, die Schwäche und teilweise Konzeptionslosigkeit sozialer

Lobbygruppen unter stark veränderten Bedingungen, und Berlins objektiv prekäre Haushaltssituation. Das System ist deshalb so stabil, weil die Installation von Konkurrenz zwischen den Bezirken um insgesamt zu knappe Haushaltsmittel auch noch zur Konsequenz des „Teile und Herrsche“ unter den bezirklichen Interessenvertretern führt. So lange Andere schlechter da stehen als man selbst ...

Dass das herrschende System der bezirklichen Finanzzuweisungen nach wie vor existiert, darf aber nicht zu dem Schluss verleiten, dass es unangefochten und unanfechtbar sei. Die Bezirke haben – auch unter dem Druck lokaler sozialer Widersprüche und im Interesse „ihrer“ LeistungsempfängerInnen – über viele Jahre hinweg immer wieder versucht, die Mechanismen zugunsten eigener politischer Schwerpunktsetzungen zu umgehen, Schlupflöcher zu finden. Um das System bezirklicher Finanzierung wird außerdem seit Jahren immer wieder erbittert gestritten und es scheint, als sei mit der Haushaltsplanaufstellung zum Doppelhaushalt das Problem tendenzieller Entpolitisierung bei zu knappen Zuweisungen auch im Senat und in den Regierungsfractionen im Abgeordnetenhaus dringlicheres Gesprächsthema. Das zeigt aber zugleich, dass das System, genau wie es Ergebnis politischer Setzungen ist, durch politische Kämpfe und Setzungen auch wieder verändert werden kann. Wenn es hierfür ausreichend Mobilisierungskraft und gesellschaftlichen Rückhalt gibt und wenn von links ausreichend durchsetzungsfähige Lösungsansätze in die Auseinandersetzung eingebracht werden. An beidem fehlte es bisher.

III.

Gerade deshalb ist auch hinsichtlich der verfolgten Strategien stadtpolitischer Akteure Differenzierung angebracht. Hier ist nicht gleichsam „alles neoliberal“. Denn natürlich ist es auch „von Links“ berechtigt, nach Kosten-Nutzen-Relationen öffentlichen Handelns zu fragen und eigene Kriterien für deren Messung zu entwi-

ckeln, gewissermaßen eine politische Ökonomie des Öffentlichen in die Diskussion zu bringen. Natürlich ist es auch – angesichts der massenhaften Privatisierung öffentlichen Vermögens gerade für Linke – notwendig zu fragen, welcher Teil der für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel durch deren schlichte Verwaltung aufgezehrt wird und in welchem Verhältnis er zu den erzeugten Wirkungen steht.

Gefragt ist nicht so sehr, das Verdikt des Neoliberalismus über jegliche rationale Nutzen- und Folgenüberlegung zu verhängen, sondern die politische Auseinandersetzung über das Maß dieser Rationalität zu führen. Hier wird es genau so spannend wie kompliziert, weil hier mehr als die Quantität öffentlicher Leistungen ins Spiel kommt: die Qualität und die Priorität, die eben politisch bestimmt werden muss. Gerade der Umgang mit den öffentlichen Ressourcen nach dem System des alten West-Berlin und der Ära Diepgen hat diese Frage in Berlin zu einer zentralen Auseinandersetzungsfrage werden lassen, der sich Linke nicht entziehen können. Es dennoch zu tun, wäre im Übrigen nicht nur taktisch unklug, weil anderen das Feld des Diskurses überlassen bleibt, sondern auch der Sache selbst nicht angemessen. Denn es ist eben nicht egal, ob und zu welchen Konditionen materiell schwächere Berlinerinnen und Berliner öffentliche Verkehrsmittel nutzen oder eine gute Krankenhausversorgung bekommen können und wie das gegebenenfalls und zu Lasten welcher anderen Interessengruppe bezahlt werden soll.

Dass solche Auseinandersetzungen erfolgreich sein können, zeigen einige Beispiele aus Berlins öffentlichen Unternehmen. Die Privatisierung der Vivantes-Krankenhäuser wurde gegen den Willen des Finanzsenators verhindert, weil es eine Strategie gab, die es für die Beteiligten lohnenswert machte, dafür zu kämpfen: Beschäftigungssicherung, Sicherung der Gesundheitsversorgung in wenig profitablen Bereichen, ökonomische Stabilität des geburtsfehlerbehafteten Krankenhausver-

bundes. Die überschuldeten Berliner Verkehrsbetriebe wurden mit einem langjährigen Verkehrsvertrag in öffentlichem Eigentum gehalten und sie werden mit Zuschüssen des Landes unterstützt: ein europaweit nicht selbstverständliches Verkehrsangebot ist gesichert. Die Stadtreinigung musste überhöhte Gebühren an die Berlinerinnen und Berliner zurückzahlen, der Vorstand wurde vom Wirtschaftsminister dafür entlassen. Im fehlgesteuerten und überschuldeten öffentlichen Wohnungssektor wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen die Strategie der Liquiditätssicherung durch Verkauf von Beständen unterbunden. Nun geht die Auseinandersetzung um langfristige Stabilisierung der Gesellschaften und um ihre Instrumentalisierung für eine soziale Stadtpolitik – oder alternativ dazu um ihre Nutzung als „Melkkuh“ für den Landesetat. Dass die rot-rote Koalition „nichts“ getan hätte, „um die Folgen des Bankenskandals zu mildern“ (Lebuhn 2007: 543) steht ebenfalls völlig ohne Beleg im Raum und hat mit der Realität nichts zu tun. Da waren straf- und zivilrechtliche Folgen im größten Wirtschaftsprozess der bundesdeutschen Geschichte, für die die justiziiellen Ressourcen aufgestockt wurden, und die von Lebuhn als „folgenlos“ bezeichnete Arbeit des Untersuchungsausschusses. Die eigentliche Aufgabe aber bestand in der Abschaltung des die Bank beherrschenden Systems der Selbstbedienung. Dass es gelang, die mittelbaren Folgen eines Zusammenbruchs der Bank zu vermeiden, einer kurzfristigen Privatisierung zu widerstehen und sie nach der Reorganisation und Sanierung schließlich – auf europäische Auflage hin – zu verkaufen, gegen europäischen Druck jedoch an die öffentlich-rechtliche Sparkassenorganisation DSGVO, hätte dieser Stadtregierung kaum jemand zugetraut. Die von der Bank versenkten Milliarden waren jedoch bereits Gewinne in privaten Taschen, als die Ära Diepgen 2001 endete (Nelken 2006; Lederer 2007) – das war ja aus der Perspektive der Schöpfer der Sinn der ganzen Übung. Es konnte lediglich dafür gesorgt werden, dass die Folgen des Ganzen begrenzt und

die Kosten nicht allein von den Berlinerinnen und Berlinern getragen werden mussten. An diesem Fakt ändert sich auch nichts, dass die Initiative Bankenskandal seit Jahren gebetsmühlenartig das Gegenteil beschwört.

Es war der Sumpf trocken zu legen – in öffentlichen Unternehmen, in der Wohnungsbauförderung usw. Es ging und geht immer noch darum, die demokratische Steuerung und Kontrolle der öffentlichen Unternehmen insgesamt zu reorganisieren, damit über Qualität und Quantität öffentlicher Leistungen überhaupt wieder politisch diskutiert und entschieden werden kann.¹ Wie beispielsweise bei den von Opposition und Teilen der Verwaltung betriebenen PPP-Projekten im Schul- und Justizbereich, die zugunsten der Eigenregie unterbunden wurden. Das gelingt natürlich nicht immer und vor allem nicht im Selbstlauf, Berlin besitzt keinen Zaun gegen postfordistische Umbauprozesse. Es ist Ergebnis einer Reihe von komplexen, zum Teil langdauernden Auseinandersetzungen verschiedener Beteiligter mit äußerst unterschiedlichen Interessen (von den Beschäftigten über die Parlamentsfractionen und die verschiedenen Senatsverwaltungen als Spiegel stadtpolitischer Interessen, Verbänden der Industrie, der Verbraucher, der Umwelt, Gewerkschaften, Initiativen, Medien etc.), die bei Lebuhn einfach im „neoliberalen Einheitsbrei“ untergehen. Bei ihm läuft das alles unter seiner in ihrer Pauschalität und Eindimensionalität schon deshalb völlig unhaltbare Aussage, „die unternehmerische Stadtpolitik Berlins“ manifestiere sich „in NPM-Reformen, in der Kürzung sozialer Leistungen und der Privatisierung und Inwert-Setzung öffentlicher Räume und Güter“ (Lebuhn 2007: 543).

¹ Dies hier im Einzelnen wiederzugeben würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Die Strategie und einzelne Zwischenschritte sind allerdings durchaus dokumentiert (PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus 2005).

VI.

Am Beispiel der Finanzzuweisung an die Bezirke wie am Beispiel der öffentlichen Unternehmen zeigt sich auch, was die eigentlich interessante Frage für einen linken stadtpolitischen Diskurs sein müsste: Die nach den Strategien und nach der Durchsetzungskraft unterschiedlicher stadtpolitischer Akteure, einschließlich der „eigenen“ außerparlamentarischen, die bei Lebuhn als „soziale Bewegung“ bezeichnet werden, in spezifischen Konfliktlagen. Welche Diskurse führen sie, welche wirklichen oder scheinbaren Probleme nehmen sie zum Ausgangspunkt, welche Interessen mit welcher Gewalt verbergen sich dahinter? Dazu genügt es nicht, die antineoliberale Fatwa über die Berliner Institutionen des Politischen und des Öffentlichen zu verhängen. Sie müssen in die sich in ihnen widerspiegelnden Interessen und Auseinandersetzungen zerlegt und auf die Stärke und die Ziele der in ihnen materialisierten Kräfte und Gegenkräfte befragt werden. Das tut Lebuhn nicht, wie seine Beweisführung zur „Machttechnik NPM“ anhand des Konflikts um ein Soziales Zentrum zeigt. Lebuhn zieht hier einen sehr konkreten Konflikt heran, ohne sich dabei ernsthaft der Frage anzunehmen, ob dessen Ausgang (der seine These zu bestätigen scheint) durch den von ihm behaupteten Zusammenhang oder aber möglicherweise durch andere Faktoren bestimmt war. Die öffentlichen Akteure seien gewissermaßen Handlungsgesetzen unterworfen, die von ihrem Willen unabhängig gewesen seien. Das legt den Schluss nahe, der Ausgang des Konflikts sei quasi machttechnisch tendenziell, „objektiv“ vorherbestimmt gewesen. Das Scheitern der Initiative war ja, vereinfacht, aufgrund der bestehenden NPM-Regeln schon „gesetzmäßig“ vorgegeben, weil sie sich deren Logik nicht unterwerfen wollte. Ich will damit nicht sagen, dass die konkrete Form des Finanzierungsmechanismus für den Konfliktausgang irrelevant gewesen wäre. Aber der Eindruck, er sei unter den gegebenen Bedingungen geradezu alternativlos, kann nur durch die Weglassung vieler Faktoren

und der gravierenden Simplifizierung der Rahmenbedingungen, Interessen, Handlungsrestriktionen erzeugt werden. Es ist eher so, dass das Finanzzuweisungssystem gegenüber den Bezirken die gleiche unerbittliche, nicht in der Sache differenzierende Restriktion bewirkt. Die Bezirksbibliothek ist zunächst dem gleichen pauschalen Fiskaldruck ausgesetzt wie eine Initiative Soziales Zentrum.

Zugleich erübrigt sich damit bei Lebuhn die Frage, ob das Agieren auf Seiten der kurzerhand als „soziale Bewegung“ benannten Akteure auf einer über Kleingruppen hinaus nachvollziehbaren stadtpolitischen oder sozialen Strategie beruhte, durch breiter mobilisierende Interessen bestimmt, auf gesellschaftlichen Rückhalt ausgerichtet und deshalb auch von ihm gestützt war. Dass zwischen Erfolg und Misserfolg in Verteilungskämpfen und der eigenen politischen Stärke ein Zusammenhang besteht, ist materialistisches Einmal-eins. Und um einen solchen handelt es sich hier zweifellos. Und zwar nicht nur im Verhältnis beispielsweise zu kommerziellen (Nutzung öffentlicher Gebäude für private Kapitalverwertung) oder fiskalpolitischen (Verkauf öffentlicher Gebäude zur Einnahmeerzielung oder Entledigung von Lasten) Interessen, sondern eben auch gegenüber anderen bestehenden sozialen Projekten und Initiativen. Selbst wenn die Handelnden sich selbst allzu ungerne in einem solchen Konkurrenzverhältnis sehen wollen, auf der Ebene bezirklicher Ressourcen und der Ansprüche, die auf sie erhoben werden, tun sie es dennoch. Der Fakt kann nicht einfach voluntaristisch ausgeblendet werden. Es käme ja auch niemand auf die Idee zu behaupten, dass die ArbeiterInnen auf dem Arbeitsmarkt nicht objektiv zueinander in Konkurrenz stünden, weil sie ja in einer Klasse vereint und dem gleichen Ausbeutungsmechanismus ausgesetzt seien.

Um nicht missverstanden zu werden: die Forderung nach Räumen als solche ist absolut nicht illegitim. Aber es muss schlicht gefragt werden, ob die Verfassung, Breite, stadtpolitische Strategiebildung und Rele-

vanz der Initiative bereits die Einstufung als „soziale Bewegung“ rechtfertigt. Ersteres wurde mit zweitem gewissermaßen vorausgesetzt. Dies wird auch nicht durch das (unzutreffende, s. o.) Argument ausgeräumt, der „politische Preis“ einer nur für Betriebskosten überlassenen Immobilie sei durch das Land Berlin schon deshalb aufzubringen, weil sich Berlin auch leisten könne, den Nutznießern des Bankenskandals ohne Not Milliarden hinterher zu werfen (Lebuhn 2007: 543). Das führt nur am eigentlichen Punkt vorbei.

Sich unkritisch für die Initiative und ihre Forderung nach „Räumen für umsonst“ zu begeistern, dies zur Nachahmung zu empfehlen, ist ungefähr so fortschrittlich wie die Forderung nach Einzeltarifverträgen. Getreu dem Motto: Was die einen für sich rausgeholt haben, werden die andren ja wohl auch packen. Und schließlich muss erlaubt sein zu erwägen, das Scheitern des Vorhabens könnte womöglich schlicht darauf zurückzuführen sein, dass die notwendige gesellschaftliche Verankerung und Relevanz nicht gegeben war. Die Berichterstattung in den Medien verschafft diese nämlich genauso wenig wie die Tatsache, dass sich eine – noch dazu linke – Bezirksregierung mit ihr an einen Tisch setzt. Dann hieße es darüber zu diskutieren, was

soziale Bewegung heute ausmachen müsste und was das strategisch für die parlamentarische wie außerparlamentarische Linke nach sich zieht (Lederer 2006). Dies konkret zu diskutieren ist für *alle* Beteiligten die Herausforderung.

Literatur

- Lebuhn, Henrik (2007): Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. Eine Berliner Fallstudie, in: *PROKLA* 149, Dezember, S. 529-545.
- Lederer, Klaus (2006): Außerparlamentarische Bewegungen und linke Akteure in der Regierung: Ist Kooperation möglich?, in: Hildebrandt, Cornelia; Brie, Michael (Hrsg.): *Die Linke in Regierungsverantwortung. Analysen, Erfahrungen, Kontroversen*, Berlin, S. 89-99.
- Lederer, Klaus (2007): Der „Fall“ Sparkasse Berlin: Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken, *rls-standpunkte* 3/2007, Berlin.
- Nelken, Michail (2006): *Der Skandal ist das System. Systematische Verschleuderung öffentlichen Vermögens*, Presseinformation der Fraktion DIE LINKE.PDS im Abgeordnetenhaus, Berlin, 2. Juni.
- PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus (2005): *Vom Umgang mit den öffentlichen Unternehmen des Landes Berlin*, Berlin, März 2005.